

■ unsere zukunft. unsere stadt.



SPD

SPD Langen

WAHLPROGRAMM 2006 - 2011

sozial. menschlich. engagiert.

Die SPD in Langen will, dass alle Menschen in unserer Stadt selbstbestimmt leben können. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken. Wir wollen, dass alle Menschen an allen Bereichen des Lebens in der Gemeinschaft gleichberechtigt teilhaben.

Unser Programm für die nächsten fünf Jahren ist dafür eine Grundlage. Es soll die Voraussetzungen für eine moderne und vorausschauende Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, für eine gerechte und lebendige Familien-, Sozial- und Kulturpolitik, für eine zeitgemäße Umwelt-, Stadt- und Verkehrsentwicklung schaffen.

Langen: International und weltoffen

Wir wollen, dass sich Langen weiter als weltoffene und tolerante Stadt beweist. In unserer Stadt leben Menschen aus über 100 Nationen in friedlicher Nachbarschaft zusammen. Wir setzen uns dafür ein, dass das auch in Zukunft so bleibt. Integrieren - nicht Ausgrenzen - ist unsere Politik. Der lebendige Austausch mit unseren Partnerstädten soll vertieft und erweitert werden.

Der Standort Langen ist gefragt

Wir wollen, dass Langen ein attraktiver Gewerbe- und Wissenschaftsstandort in der Rhein-Main-Region bleibt. Nicht nur kleine und mittlere Betriebe, auch internationale Unternehmen nutzen die Standortvorteile unserer Stadt.

Dazu zählen

- gute Wohn-, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten,
- unsere attraktiven Angebote und Dienstleistungen für Familien und Kinder, für junge Leute und ältere Menschen,
- ein breites Freizeit-, Sport- und Erholungsangebot,
- attraktive kulturelle Einrichtungen,
- ein reges Vereinsleben.

Diese Standortvorteile gilt es zu nutzen und auszubauen.

Solide Finanzen trotz schwieriger Bedingungen

Der Blick über unsere Stadt hinaus zeigt, wie die Kommunen im Würgegriff der Finanzen ihre Handlungsfähigkeit verlieren und ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen können. Das CDU-geführte Land Hessen hat in den letzten Jahren den Kommunen zusätzliche Lasten aufgebürdet und erhebliche Finanzmittel entzogen. Dennoch steht Langen besser da als viele andere Kommunen in der Nachbarschaft. Dazu hat die SPD zusammen mit unserem Bürgermeister Dieter Pitthan einen wichtigen Beitrag geleistet.

Der Stadt Langen gelingt es seit Jahren - trotz dieser schwierigen Bedingungen - über eine solide Finanzpolitik die wichtigen Aufgaben und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Die Stadt Langen ist heute ein produktiver Dienstleister, der wie ein modernes Wirtschaftsunternehmen geführt wird:

- Die Kommunalen Betriebe Langen (KBL) können städtische Aufgaben und Dienstleistungen wirtschaftlicher und produktiver erbringen.

- Die Bäder GmbH sichert den Betrieb der Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen.
- Mit dem Erwerb der Pittler Berufsausbildung GmbH geht unsere Stadt neue Wege und ermöglicht jungen Menschen Ausbildung und den Einstieg in den Beruf.

Die Langener SPD nimmt ihre Verantwortung für die Entwicklung unserer Stadt wahr. Der Haushalt als finanzielles Rückgrat der Kommune wurde von uns trotz unpopulärer Entscheidungen mitgestaltet und mitgetragen. Die Konsolidierung der städtischen Finanzen erfordert eine gemeinsame von Parlament und Stadtverwaltung getragene Politik. Die auf Initiative der SPD verabschiedeten Leitlinien für den Haushalt bilden dafür eine verlässliche Grundlage.

Investition in Bildung ist Investition in Zukunft

Gute Startchancen für junge Menschen in die Berufs- und Arbeitswelt zu schaffen ist seit Jahren ein wichtiger Bestandteil unserer Kommunalpolitik.

Langen ist Standort von fünf Grundschulen, zwei Gesamtschulen, einem Gymnasium und zwei Sonderschulen für körperbehinderte bzw. praktisch bildbare Kinder. Unterstützt werden die Schulen durch Initiativen und Fördervereine, deren Arbeit wir sehr begrüßen und im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten auch zukünftig finanziell unterstützen werden.

Schulpolitik ist jedoch Ländersache und für die Schulbauten sowie deren Unterhaltung ist der Kreis Offenbach zuständig. Die Stadt Langen hat in den vergangenen Jahren ergänzend gewirkt und dabei vorbildliche Initiativen unterstützt.

Solange die Wirtschaft ihrer Verpflichtung zur Ausbildung nicht ausreichend nachkommt, muss es zusätzliche Initiativen geben. Die Pittler Ausbildungswerkstätten GmbH ist ein Vorzeigeprojekt für kreative Lösungen. Damit gelingt es, zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten in unserer Stadt zu schaffen und zu sichern. Die SPD wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen erweitert und sichergestellt wird.

Vorbildliche Familienpolitik und Kinderbetreuung

Die SPD setzt sich für eine nachhaltige Familienpolitik ein. Junge Menschen, die sich Kinder wünschen, sollen sich diesen Wunsch erfüllen können. Nicht nur, weil unsere Gesellschaft mehr Kinder braucht, sondern weil Kinder das Leben einer Gesellschaft reich und zukunftsfähig machen.

Die vorbildlichen Angebote für Kinder machen Langen bereits seit Jahren zu einem attraktiven und beliebten Wohn- und Lebensort für Familien. Sie schaffen zudem die Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter. Das soll so bleiben. Das bedeutet, dass das Netzwerk für Familien in unserer Stadt weiter gepflegt und intelligent ausgebaut werden muss. Dazu gehört es, die Dienstleistungen und Angebote für Familien mit Kindern konsequent auf den tatsächlichen Bedarf abzustimmen.

Dazu zählen bedarfsgerechte Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen und für die Schulkinder, Ferienbetreuung auch für behinderte Kinder, Dienstleistungen der Mütter- und Elterninitiativen sowie der Schulfördervereine und eine kinderfreundliche Städteplanung.

Für die SPD Langen ist die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen ein wichtiges Anliegen – auch aufgrund der PISA-Studie.

Wir fordern die CDU-Regierung des Landes Hessen auf, die bereitgestellten Bundesmittel für den Ausbau von Ganztagschulen abzurufen und konsequent einzusetzen. Dabei gilt es, die Qualität der Nachmittagsbetreuung zu steigern und die Fördervereine der Schulen zu entlasten.

Für eine bessere Balance zwischen Familie und Arbeitswelt müssen sich die Betriebe stärker als bisher engagieren. Ein gutes Beispiel – für das sich die SPD aktiv engagiert hat, ist die Kita Neurott mit ihren Belegplätzen für Unternehmen. Nur wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser gelingt, werden auch morgen gut ausgebildete, leistungsstarke und motivierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Um das vorbildliche Angebot für Familien und Kinder in Langen zu sichern und zukunftsfähig zu machen, werden wir die in diesem Bereich engagierten Vereine und Institutionen in ihrer wichtigen Arbeit weiter nach Kräften unterstützen. Neue Ideen, wie sie zum Beispiel das generationenübergreifende „Zentrum für Jung und Alt“ umsetzt, werden wir auch in Zukunft tatkräftig fördern.

Jugend soll sich in Langen wohl fühlen

Für unsere Jugend sind Freizeit und Unterhaltung ebenso wichtig wie Arbeit und Bildung. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten unsere Vereine. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Langen diese Vereinsarbeit, besonders die Jugendarbeit in den Vereinen auch weiter finanziell unterstützt.

Sport bedeutet Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben und praktische Integrationspolitik. Besonders bei der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen spielt der Sport eine bedeutende Rolle. Dies weiter zu unterstützen muss ein Schwerpunkt der Sportförderung sein. Ein ausgewogenes Sportangebot, das die unterschiedlichen Interessen von Mädchen und Jungen besser berücksichtigt, wird angestrebt. Dass der von uns initiierte Mitternachtssport wieder stattfinden kann, begrüßen wir ebenso wie die Aktivitäten der Bewegungsinitiative Langen.

Sport ist lebenslang wichtig

Sport ist Lebensfreude und Gesundheitsförderung in jedem Lebensalter. Deshalb wollen wir die Sportvereine in ihrem Bemühen um vielseitige Sportangebote für alle Bürgerinnen und Bürger unterstützen und mit dem Sportförderverein Langen zusammen arbeiten.

Kulturelle Vielfalt in Langen - kein Kulturzwangsverband

Das kulturelle Leben und das kulturelle Angebot in den Kommunen leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Lebensqualität der Menschen und zur Attraktivität der Städte, Gemeinden und Region. Kultur für alle ist ein wichtiger Baustein sozialer Gerechtigkeit und ist ohne das Engagement der kulturtreibenden Vereine in Langen nicht denkbar.

Die SPD lehnt die Schaffung eines Kulturzwangsverbandes ab, wie ihn die Hessen- CDU per Rechtsverordnung den Städten und Gemeinden in der Rhein Main Region überstülpen will.

Dieses Vorhaben ist ein schwerer Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Es würde bedeuten, dass die Städte und Gemeinden der Region Millionenbeträge zum Stopfen der Haushaltslöcher Frankfurter Kultureinrichtungen wie z.B. Oper, Schauspiel, Alte Oper oder Schirn bezahlen müssten.

Zahlungsverpflichtungen in dieser Größenordnung hätten zur Folge, dass die Verschuldung unserer Kommune rasant beschleunigt würde. Um dies zu vermeiden, müsste die Stadthalle Langen ihren Kulturbetrieb komplett einstellen. Zudem müssten wir unsere Bücherei, die VHS, die Musikschule und das Stadtarchiv schließen. Aber auch unsere Kulturvereine hätten zu leiden, egal ob Jazzinitiative oder Orchesterverein, VWV oder Kunst- und Kulturgemeinde. Die Förderung aller kulturellen Vereine müsste eingestellt werden. Das wollen wir nicht.

Langen versteht sich als Teil der Region. Der Besuch überörtlicher Veranstaltungen ist für viele Langener Bürgerinnen und Bürger eine Selbstverständlichkeit genauso wie Gäste in unserer Stadt gerne gesehen sind, die unsere kulturellen Veranstaltungen und Einrichtungen besuchen und nutzen. Deshalb ist die Gründung einer Kulturregion Rhein-Main GmbH der richtige Schritt, den die SPD unterstützt. Als freiwilliger Verband muss er die Leistungsfähigkeit der Kommunen berücksichtigen und darf nicht willkürlich Institutionen für die Förderung herausgreifen.

Unsere Stadthalle sanieren und modernisieren

Die Stadthalle Langen mit ihren vielfältigen Veranstaltungen ist unverzichtbares Zentrum Langener Kulturlebens und wichtiger Veranstaltungsort für viele Vereine.

Das Gebäude ist inzwischen 30 Jahre alt. Haus- und Veranstaltungstechnik müssen dringend saniert und auf einen heute notwendigen Stand der Technik gebracht werden. Das wird viel Geld kosten. Weder der ersatzlose Abriss noch der maximale Ausbau ist für uns denkbar.

Die Alternative „Dorfgemeinschaftshaus oder Kongress-Zentrum“ ist für uns als SPD längst vom Tisch. Wir möchten die Stadthalle in ihrem jetzigen Bestand sichern, sanieren und modernisieren. Das bisherige Nutzungsspektrum muss weitestgehend erhalten bleiben. Der Besuch von Veranstaltungen in der Stadthalle soll auch zukünftig bezahlbar sein.

Ohne ehrenamtliches Engagement keine Zukunft

Politik und Verwaltung können und dürfen nicht alle Probleme alleine lösen. Sie sind auf die Eigeninitiative der Betroffenen genauso angewiesen wie auf das vielfältige private Engagement aus der Bevölkerung.

Ehrenamtliches Engagement kann die Politik jedoch nicht nur fordern - sie muss es auch fördern. Gemeinsinn, Eigeninitiative und gute Nachbarschaft werden wir weiter nach Kräften unterstützen. Unsere zahlreichen Vereine leisten diesbezüglich vorbildliche Arbeit. Sparen auf ihrem Rücken kommt für uns nicht in Frage.

Solidarität der Generationen

Ziel der kommunalen Seniorenpolitik ist es, die menschliche Würde, Persönlichkeit und Selbständigkeit im Alter zu erhalten. Viele Ältere sind aktiver Teil unserer städtischen Gemeinschaft. Wir werden ältere Menschen weiter ermutigen, sich bürgerschaftlich zu engagieren, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen und ihr Wissen und ihre Erfahrung in das gemeinschaftliche Leben einzubringen.

Eine längere Lebensdauer und ein zunehmend aktives Alter erhöht die Bereitschaft und die Notwendigkeit, Wissen zu erweitern, zu ergänzen und auch an andere weiter zu geben. Seniorenhilfe, AWO, Volkshochschule, die „Haltestelle“ als eine lokale „Leitstelle Älterwerden“ und andere bei uns aktive Vereine und Institutionen müssen in der Lage sein, das Angebot der

offenen Altenarbeit bedarfsorientiert weiterzuentwickeln.

Ein großes Thema ist und bleibt das Wohnen im Alter. Viele ältere Menschen wollen dauerhaft selbstständig in ihren bisherigen Wohnungen leben. Das wollen wir unterstützen. Gleichzeitig werden wir gemeinsam mit den freien Wohlfahrtsverbänden auf ein stärker in die Stadtteile integriertes Wohnungsangebot für ältere Menschen und auf die intensivere Verknüpfung von Wohnen und Betreuungsangeboten achten. Alten- und behindertengerechte Wohnangebote sollen geschaffen und ausgebaut werden.

Bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen und bei der Hilfe für die Angehörigen wollen wir den ambulanten wie auch den teilstationären Bereich (Tages- und Kurzzeitpflege) weiter ausbauen. Integrierte Beratungs- und Koordinierungsstellen für ältere und pflegebedürftige Menschen als gemeinsame Einrichtung der Kommunen und der Wohlfahrtsverbände erleichtern älteren Menschen und auch ihren Angehörigen ganz wesentlich den Zugang zu Hilfeangeboten. Ein bedarfsgerechtes Angebot für Demenzerkrankte ist im Rahmen der Schaffung weiterer Vollzeitpflegeplätze erforderlich.

Sicherheit und Ordnung

Jeder Einzelne ist beim Aufbau eines rücksichtvollen Miteinanders gefordert. Dabei steht die Prävention im Mittelpunkt. Deshalb ist eine vorausschauende Sozial- und Jugendpolitik, die Geld kostet und sich stärker in Stadtentwicklung und -planung einmischt, eine wesentliche Säule, um das Gemeinwesen zu stärken.

Um die vielfältigen Ansätze der Präventionsarbeit staatlicher und kommunaler Instanzen, der freien Träger und das gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fördern, zu bündeln und zu vernetzen, ist der von unserem Bürgermeister ins Leben gerufene Arbeitskreis Kriminalprävention zu einem unverzichtbaren Instrument vorausschauender Sicherheitspolitik geworden.

Unsere City-Streife hat sich bewährt. Neue Ideen, wie z.B. die kulturelle Belebung des Lutherplatzes, unterstützen wir. Wir wissen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl auch durch das Erscheinungsbild der öffentlichen Straßen und Plätze geprägt wird.

Umweltschutz geht alle an

Verantwortliche Kommunalpolitik muss vorausschauend sein. Deshalb verstehen wir Umweltpolitik als die Aufgabe, unterschiedliche Anforderungen aus ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicht miteinander zu verknüpfen sowie konsensfähige und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Für Langen haben wir schon viel erreicht:

- Unser Kanalnetz wurde aufwändig saniert.
- Im Bereich „Rechte Wiese“ wurde der Sterzbach freigelegt und renaturiert.
- Unser Rathaus wird mit großem Aufwand energiesparend umgebaut.
- Unsere hochmoderne Abwasser-Kläranlage übertrifft alle gesetzlichen Anforderungen und gilt hessenweit als beispielhaft.
- Regenrückhaltebecken entlasten das Kanalsystem.

Flächen sparendes und energiesparendes Bauen ist verstärkt anzustreben. Umweltschutz lebt aber auch von Eigeninitiative und vielfältigem privatem Engagement in der Bevölkerung. Die

Zusammenarbeit zwischen kommunalen Einrichtungen, Schulen und Vereinen muss besonders bei Fragen des Umweltschutzes intensiviert werden. Wir begrüßen die beispielhafte Aktion "Langen blüht auf" des VV zur Förderung der Eigeninitiative Grünpflege vor dem Haus. Der Erhalt öffentlichen Grüns und die regelmäßige Pflege und Nachpflanzungen der städtischen Grünanlagen sind klimatologisch wichtig und tragen zur Attraktivität unserer Stadt bei.

Die Förderung zukunftsweisender Entwicklungen der Energienutzung soll eine lohnende Investition in die Zukunft sein. Die Langener SPD hat mit dem Bau von Blockheizkraftwerken schon lange vor Anderen Grundlagen für eine zukunftsweisende Energiepolitik gelegt.

Soziale Stadt - das Nordend blüht auf

Durch Initiative der SPD Langen wurde das Nordend in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Wir sind damit auf einem guten Weg, die Lebens- und Wohnqualität in diesem Stadtteil zu verbessern. Die unmittelbare Beteiligung der Betroffenen ist beispielhaft auch für künftige Projekte der Stadtentwicklung. Davon gehen positive Impulse für die gesamte Stadtentwicklung aus. Der verabschiedete Rahmenplan zeigt in die richtige Richtung.

Dieser Erfolg ist dem Einsatz und dem Verhandlungsgeschick unseres Bürgermeisters Dieter Pitthan zu verdanken. Mit dem Erwerb des Übergangswohnheims wurde die Stadt in die Lage versetzt, über die Gestaltung des Areals selbst zu bestimmen.

Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen beteiligen

Bei der Weiterentwicklung des Nordends ist die unmittelbare Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern für uns ein wesentliches Ziel. Wir verstehen die Einmischung von Menschen in ihre eigenen Angelegenheiten als kritische Begleitung, Hilfe und Unterstützung unserer Politik. Deshalb wollen wir – wo immer wir können – zur Einmischung ermutigen und Beteiligung ermöglichen.

Keiner will ihn vor seiner Tür: Verkehr

Schwerpunkt kommunaler sozialdemokratischer Verkehrspolitik sind Konzepte der Verkehrsvermeidung durch verkehrsreduzierende Siedlungsstrukturen, Verlagerung von Verkehr auf den Verkehrsverbund (z.B. P+R-Plätze), Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel und integriertes Verkehrsmanagement. Auf veränderte Bedingungen haben wir bereits vielfältig reagiert:

- Tempo 30 in vielen Wohngebieten soll die Lebensqualität und Verkehrssicherheit verbessern.
- Der Bau der Nordumgehung und der anschließende Rückbau der Südlichen Ringstraße haben zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs geführt.
- Die Anlage großer Park-and-Ride-Plätze am Bahnhof und der Bau des zweiten S-Bahn-Haltes „Flugsicherung“ haben den öffentlichen Personen-Nahverkehr deutlich aufgewertet.
- Mit der Erarbeitung und Umsetzung eines neuen Konzepts zur Verkehrsentwicklungsplanung wollen wir unsere Stadt zukunftsfähig machen.

Wir werden weiterhin darauf hinwirken, dass Tempo 30 für alle Wohngebiete Langens, und wo notwendig, auch in Abschnitten der Hauptverkehrsstraßen gilt. Die Sicherheit von Schulwegen muss dabei regelmäßig überprüft und ggf. verbessert werden. Radfahren in Langen soll durch ein verbessertes Radwegenetz gefördert werden. Soweit möglich, wollen wir Durchgangsverkehr

aus unserer Stadt heraus nehmen.

Bahnstraße attraktiv umgestalten

Wir haben die Bahnstraßendiskussion neu belebt und erreicht, dass eine Arbeitsgruppe sich intensiv mit dieser Straße beschäftigt. Ziel der daraus resultierenden probeweisen Einbahnstraßenführung ist eine attraktive Umgestaltung. Dazu gibt es eine Testphase, die wir als SPD mit auf den Weg gebracht haben. Endlich kann in der Praxis erprobt werden, was bisher nur diskutiert wurde.

Bedenken und Anregungen sind willkommen. Wir sehen darin die Chance, über die Testphase hinaus eine brauchbare Lösung für die obere Bahnstraße zu finden. Wir wollen keine fest betonierte Fehlplanung, sondern eine konsensfähige Lösung. Die Aufenthaltsqualität in diesem Straßenabschnitt und die Rahmenbedingungen für den Einzelhandel sollen dadurch nachhaltig verbessert werden.

Wilhelm-Leuschner-Platz aufwerten

Seit Jahrzehnten wird über die Neugestaltung des Platzes am Alten Rathaus diskutiert. In den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass in dieser zentralen Lage der Altstadt auf Parkplätze nicht verzichtet werden kann. Deshalb haben wir uns dafür stark gemacht, dass eine Neugestaltung den ruhenden Verkehr und die Veranstaltungen am Alten Rathaus berücksichtigt. Wir werden darauf achten, dass der Platz durch Begrünung auch zum Verweilen einlädt. Die Sanierungskosten müssen in einem vertretbaren Rahmen bleiben.



V.i.S.d.P.
SPD Ortsverein Langen
c/o Frank Gottschling
Forstring 201, 63225 Langen
www.spd-langen.de